

**Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik
Tag der Aussenpolitik
15.6.2019 in Bern**

**Referat Ursula Plassnik
Österreichische Botschafterin in der Schweiz,
ehemalige Aussen- und Europaministerin der Republik Österreich**

**„25 Jahre Österreich nach dem Ja zum EU-Beitritt: was hat es
gebracht?“**

Wie halten es die Österreicher heute mit der EU?

Bereuen die Österreicher heute, was sie am 12. Juni 1994, vor einem Vierteljahrhundert, in einer Volksabstimmung mit 66,6% bejaht haben, nämlich den EU-Beitritt? Gibt es Katzenjammer?

Mitnichten. Die neueste Meinungsumfrage (Fritz Plasser und Franz Sommer) anlässlich der Europawahl Ende Mai 2019 zeigt ein klares Bild: Für 80 % der Wähler war der Beitritt Österreichs im Rückblick die richtige Entscheidung. Nur 16% werten den EU-Beitritt als falsch. Bemerkenswert ist die relative Stabilität der öffentlichen Meinung über die Jahre. Auffallend: noch bei keiner EU-Wahl war die generelle Einstellung der Österreicher so positiv wie 2019. Die britische BREXIT-Krise, der Aufstieg Chinas, der Wandel der USA vom engsten Freund zum unberechenbaren handelspolitischen Rivalen, die Migrationskrise: die aktuellen globalen Herausforderungen erhöhen ganz offenkundig die Identifikation der Menschen in Österreich mit der EU als gemeinsamem Handlungssystem.

Die Welt von 1989

Im 17. Juli 1989 übergab Aussenminister Alois Mock dem Vorsitzenden des EG-Aussenministerrates, Roland Dumas, den österreichischen Beitrittsantrag. Das war weder innenpolitisch noch aussenpolitisch eine Selbstverständlichkeit: Die Sozialdemokraten fürchteten den Niedergang von Gewerkschaften und Sozialpartnerschaft im Kapitalistenverein EG. Die Konservativen waren äusserst skeptisch, die Bauern strikt dagegen. Den ersten Antrag auf EG-Beitritt im österreichischen Parlament hatte am 27. November 1987 übrigens ein junger

Abgeordneter namens Jörg Haider gestellt. Er verlangte von der Regierung, zum frühestmöglichen Zeitpunkt Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. EG-Gegner waren damals die Grünen, heute eine profilierte pro-EU-Partei. Die grösste Angst aller war ein Njet aus Moskau. Auch in Paris hatte man keine Freude mit den österreichischen Beitritts-Aspirationen. Wir waren alles andere als willkommen. François Mitterrand und Jacques Delors wollten Vertiefung, nicht Erweiterung. Und schon gar keinen «dritten deutschen Staat».

Österreich ist einer anderen EU beigetreten, als der, die wir heute kennen.

- Wir waren Mitglied Nummer 13-15, gemeinsam mit Schweden und Finnland, Teil der 4. EG-Erweiterung. Heute arbeiten wir an der 8. EU-Erweiterung und stehen wahrscheinlich vor ihrer ersten Schrumpfung durch den Brexit.
- In unserem Antrag steht, dass wir der Europäischen Gemeinschaft beitreten wollen. Beigetreten sind wir schliesslich der Europäischen Union. Der Vertrag von Maastricht brachte die grossen Verdichtungen der europäischen Integration, an denen wir zum Teil noch heute kiefeln: die gemeinsame Währung, die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik, Schengen und vor allem den Binnenmarkt mit seinen vier Grundfreiheiten. Heute ist der europäische Binnenmarkt der größte barrierefreie Wirtschaftsraum der Welt mit mehr als 500 Millionen Konsumenten/Bürgern, der den freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen ermöglicht. Die Digitalisierung der letzten Jahre zeigt, dass „Grenzen“ in der Wirtschaft heute anders definiert werden als früher. Das bringt natürlich auch neue Herausforderungen mit sich.
- Österreich hatte 1989 noch den Schilling, zahlreiche Monopole und geschützte Werkstätten. Der EG-Beitritt war das grosse, einigende Projekt der damals staatstragenden Parteien SPÖ und ÖVP. In unserer Vorstellung lebten wir - tarnkappengeschützt durch unsere Neutralität – auf einer «Insel der Seligen».
- Um uns herum kam die Welt im Laufe des Jahres in Bewegung: Berliner Mauer und Eiserner Vorhang fielen, der Sowjet-Kommunismus implodierte, in China wurde der Studentenaufstand von Tian`anmen blutig niedergeschlagen. Binnen vier Jahren (1989-94) entstanden 25 neue Staaten, die meisten aus der Konkursmasse der Sowjetunion und Jugoslawiens. Wahrlich gewaltige geopolitische Umwälzungen, viele davon buchstäblich vor unserer Haustür.

Die Welt verändert sich laufend, oft in unvorhersehbaren Schüben. Auch die europäische Integration kennt keinen Stillstand. Niemand wartet auf uns. Diese ernüchternde Lehre haben wir aus dem Jahr 1989 gezogen.

Daten und Fakten

Die Wirtschaftszahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Österreich hat im Vergleich mit den «Klassenkollegen» von 1995 am meisten vom EU-Beitritt profitiert. Die Bilanz ist – auch unter Einrechnung unserer Position als Nettozahler – unbestritten positiv¹.

- Das reale Bruttoinlandsprodukt, das die tatsächliche Kaufkraft abbildet, ist zwischen 1995 und 2014 insgesamt um 16% höher ausgefallen, als es ohne EU-Beitritt gewesen wäre.
- Die Gesamtbeschäftigung in Österreich wäre ohne den EU-Beitritt heute um rund 13% geringer. (+700.000 Arbeitsplätze)
- Die Teuerung wurde um 2,4% gebremst, da mit dem Vollbeitritt zum Binnenmarkt Zollschränken und nicht-tarifäre Handelshemmnisse innerhalb der EU abgeschafft und Importe so billiger wurden.
- Die österreichischen Exporte in andere EU-MS sind nach dem Beitritt um insgesamt rund 46% gestiegen. Dieser Handelsimpuls ist deutlich stärker ausgeprägt als bei unseren «Beitrittskollegen» Finnland (+13%) und Schweden (+6%).
- Die ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in Österreich haben sich seit dem EU-Beitritt verzehnfacht. Umgekehrt haben sich die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland (meist in Nachbarländer) verzwanzigfacht.

Frischer Wind für die Wirtschaft

Österreich hat seine geographische Lage wie auch die historische Konstellation der Gleichzeitigkeit von EU-Beitritt und Ostöffnung gut genützt. Unsere Unternehmen haben das Marktpotenzial in Osteuropa erkannt. Die Grundlage dafür waren jahrhundertlang menschliche Verbindungen. Ein beträchtliches Vertrauenskapital.

Wir waren allerdings auch zeitgleich dem Wettbewerb von Ost und West, von unseren neuen EU-Partnern und unseren alten Freunden im Osten und Südosten des Kontinents ausgesetzt. Dieser doppelte Konkurrenzdruck war ein nicht zu unterschätzender Stresstest. Das passte nicht jedem. Über meinem Schreibtisch hing

¹ Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) im Auftrag des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, „Die Handelseffekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft 25 Jahre nach der Volksabstimmung“ von Harald Oberhofer und Gerhard Streicher, veröffentlicht am 24.05.2019.

damals eine Polit-Karikatur, die unsere Ängste bildlich zum Ausdruck brachte: Österreich als dicklicher Goldfisch im Aquarium, von allen Seiten bedroht durch zähnefletschende Haifische.

Der EU-Beitritt hat auch für einen massiven Liberalisierungsschub der bis dahin recht geschützten österreichischen Volkswirtschaft gesorgt. Wer erinnert sich heute noch daran, dass es ab dem 18. Jahrhundert in Österreich vier Staatsmonopole gegeben hat (Salz, Tabak, Glücksspiel und Branntweinerzeugung)? Der EU-Grundsatz des freien Warenverkehrs hat zum Wegfall dieser Monopole mit Ausnahme des Glücksspielmonopols geführt. Auch das Fernmeldemonopol, das ORF-Monopol, das Post-Monopol sind als Teil der marktbeherrschenden veralteten Strukturen aufgelöst worden. Wesentliche Liberalisierungsimpulse gab es weiters für den Strom- und Gasmarkt, die Eisenbahn, die Abfallwirtschaft und den Arbeitsmarkt. Das staatliche Beihilfewesen wurde EU-konform geregelt.

Diese Strukturerneuerungen sind in Zahlen schwer auszudrücken. Sie haben die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft jedoch tiefgreifend verändert, indem sie neue Akteure für offenere Märkte zugelassen haben. Indem sie gerade auch kleinen Wirtschaftstreibenden einen weltweit optimal vernetzten Binnenmarkt barrierefrei zugänglich gemacht haben. Fachleute bezweifeln, dass Österreich ohne EU-Beitritt die Kraft aufgebracht hätte, derartige Modernisierungsstrategien im Alleingang umzusetzen.

Die neuen Selbstverständlichkeiten

Was hat es gebracht, über die wirtschaftlichen Effekte hinaus? Studenten, Touristen, Pensionisten, Bauern, Jugendliche – was haben sie von der EU-Mitgliedschaft? Für sie ist vieles von dem selbstverständlich geworden, was noch für ihre Eltern ein ferner Traum war.

- Friede: Also die Freiheit, eine Ausbildung, eine Arbeit, einen Lebensweg selbstbestimmt zu wählen, ohne als Soldat in einen Krieg gezwungen zu werden. Friedensförderung in der unmittelbaren Nachbarschaft wie auch im Weltdorf ist für die EU ein konkretes Ziel, das sie mit Geld, Expertise und Menschen durch die gemeinsame Aussenpolitik unterstützt. Dafür wurde ihr übrigens 2012 der Friedensnobelpreis verliehen.
- Freiheit: Also die Garantie der Wahrung von Menschenwürde und Menschenrechten durch internationale Gerichte. Auch gegenüber dem Staat und den EU-Institutionen. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft, das Recht

schützt die Kleinen vor der Macht des Stärkeren. Auch in der Wirtschaft: So hat die Europäische Kommission als Wettbewerbsbehörde beispielsweise am 20. März 2019 eine Strafe in Höhe von 1,49 Mrd. € gegen Google verhängt.

- Grenzen: Also das Ende von systematischen Grenzkontrollen im Schengenbereich. Und im Zuge der Personenfreizügigkeit auch das Recht, sich überall niederzulassen, selbstständig oder angestellt zu arbeiten, zu studieren oder im Ruhestand zu leben. Die Grenzen sind in der EU nicht abgeschafft, aber sie sind so leicht überwindbar geworden wie nie zuvor. Viel Energie wird in den kommenden Jahren in den Schutz der gemeinsamen Aussengrenzen investiert werden, davon profitiert gerade auch die Schweiz ganz unmittelbar.
- Euro: Also eine gemeinsame Währung mit 18 anderen EU-Partnern. Kein Geldwechsel bei Ein- oder Ausreise, keine komplizierte Kalkulation von Kosten bei Import oder Export von Waren und Dienstleistungen.
- Solidarität: Also die wirksame Unterstützung derer, die in unserer Gemeinschaft strukturellen Nachteilen ausgesetzt sind. Die Erweiterung der EU im Osten und Südosten ist nicht nur ein eminent sicherheitspolitisches Projekt, sondern auch ein graduelles Hinarbeiten auf vergleichbare Lebenschancen. Daran kollektiv beteiligt zu sein und aktiv mitzuwirken, schafft neue Gemeinsamkeit. Die EU hat den neuen Mitgliedern seit 1989 mit 400 Mrd. € geholfen, das entspricht dreimal der Höhe des Marshallplans der USA nach 1948 für ganz Europa. Aber auch innerhalb der EU helfen regionale und soziale Strukturfonds benachteiligten Gebieten und Gruppen. Und im globalen Massstab ist die EU der leistungskräftigste Entwicklungshelfer überhaupt.
- Teilhabe: Österreich hatte bisher dreimal den rotierenden EU-Vorsitz inne, ein Dienst an der Gemeinschaft. Der Vorsitz bestimmt die Tagesordnungen, beruft die Sitzungen ein und gibt das Arbeitstempo vor. Österreich übernahm diese Verantwortung im 2. Halbjahr 2018 nach 1998 und 2006. In dieser Zeit war die EU in der österreichischen Öffentlichkeit noch sichtbarer und den Österreichern wurde erneut bewusst, dass Österreich mitten in dieser Union der 28 steht. Mittendrin statt nur dabei. Es gibt also auch für kleinere Mitglieder sichtbare Teilhabe, oft über Personen: Franz Fischler etwa, ein Bergbauernsohn aus Tirol, gestaltete als EU-Agrarkommissar die Gemeinsame Agrarpolitik entscheidend mit. Sie führte die Bauern in der EU von einer rein mengenmässigen Produktion zu Qualität und Nachhaltigkeit.

Jenseits der Zahlen

Die nachhaltigsten Auswirkungen des österreichischen EU-Beitritts aber sind vielleicht die leisesten, diejenigen, die am wenigsten Wirbel machen, die erst mit einem geschärften Analyse-Auge erkennbar sind.

Wir alle sind zu Europäern geworden, vielleicht für viele unbemerkt, Schritt für Schritt, fast unmerklich. Wir haben uns daran gewöhnt, unser Insulanertum aufzugeben. Das Insel-Dasein war für ein eher kleines Land an der Grenze zur kommunistisch dominierten Ostseite des Kontinents eine naheliegende, oft auch unterschwellig komfortable Position. Wir durften ja nicht anders, darauf schauten notfalls schon die Sowjets durch den österreichischen Staatsvertrag.

Aber wir haben die vermeintliche Komfortzone verlassen. Heute stehen wir auf allen Ebenen ununterbrochen im Vergleich und Austausch, oft auch im Wettbewerb mit unseren 27 Partnerstaaten, bei fast jedem Thema, vor allem aber bei der Gestaltung unserer Rolle in der Zukunft. Unsere Jugend studiert, forscht, arbeitet in ganz Europa. Wir bearbeiten gemeinsam Herausforderungen wie Klimawandel, Terrorismus, Migration, die sich beim besten Willen nicht zwischen Bregenz und Eisenstadt lösen lassen. Wir lernen, europäisch zu denken, Tag für Tag.

EU-Mitgliedschaft ist ein permanenter Lernprozess, über uns selbst, unsere Zielsetzungen und Ängste. Aber auch ein Lernprozess über unsere Partner, über deren Zielsetzungen und Ängste. Ja, das ist gelegentlich stressig, manchmal sogar überfordernd. Wer kennt sich schon so genau aus beim griechischen Budget oder der irisch-britischen Grenze? Oder – als Binnenland – mit dem Alltag der Fischereipolitik auf den Azoren? Aber die EU ist für diesen politisch und geographisch so zerklüfteten Kontinent der beste Impfstoff gegen Isolationismus, diese schleichende politische Krankheit, die kleinere, erfolgreiche Länder in höherem Ausmass bedroht.

Die Sache mit der Souveränität

Da geht es im Kern um Identität. Wer wollen wir sein im Weltdorf von morgen? Und wie wollen wir es machen? Souveränität im 21. Jahrhundert buchstabiert sich anders als je zuvor. Nicht mehr «alles allein machen», sondern die Optimierung von Mitwirkungsrechten, des Mitgestaltens und Mitverantwortens im kontinentalen Maßstab. Darauf kommt es an und für das bietet die EU tagtäglich eine schier unerschöpfliche Themenpalette.

Für Österreich hat sich im letzten Vierteljahrhundert gezeigt, dass wir unsere Interessen im europäischen Konzert deutlich besser wahrnehmen können als allein. Wir sitzen am Tisch und reden mit. Wir können uns nicht überall durchsetzen. Wir machen uns keine Illusionen: die EU wird nicht Österreich beitreten, wir müssen tagtäglich Abstriche machen von unseren Wünschen und Ansprüchen. Wir argumentieren, wir ärgern uns, wir sind zornig, wir streiten. Ja, im Extremfall ziehen wir sogar vor Gericht gegen die EU-Kommission oder lassen uns von ihr verklagen. 2002 wurden beispielsweise viele österreichische Top-Banker durch EU-Strafbescheide zu insgesamt 124 Mio. € verurteilt. Ein informelles österreichisches Bankenkartell hatte sich über die ganze Bankenproduktpalette, von Spar- und Kreditzinsen bis zu Gebühren und Spesen, erstreckt.

Wir setzen uns nicht immer und nicht lückenlos durch. Wir haben offene Probleme und weiche Flanken. Aber wenn es hart auf hart kommt, haben wir Sitz und Stimme. Ohne uns geht vieles nicht, gegen uns auch nicht. Vor der Tür wollen wir nie wieder stehen, wenn andere über unser Schicksal bestimmen. Wir wollen in der Welt von morgen die Standards setzen. Das möchten wir weder unseren amerikanischen noch unseren chinesischen Freunden überlassen. Wir sind überzeugt von der Zukunftsfähigkeit unseres europäischen Lebensmodells.

Wir Österreicher leben Demokratie heute auf einer ganz neuen europäischen Ebene. Nicht kritiklos, nicht als Vasallen, nicht als Knechte. Als gleichberechtigte, respektierte, verlässliche Partner, auf Augenhöhe. Denn eines wissen wir Österreicher ganz genau: übrigbleiben wollen wir als kleines Land sicher nicht!